

Bürgerinitiative " B16 Pro Süd für zukunftsfähige Lösung
Mitgliederversammlung diskutierte Verkehrsgutachten

Höchstädt (pm).

Zahlreiches Interesse zu den bisherigen Planungen und den aktuellen Verkehrserhebungen zeigte die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative B16 neu Pro Süd e.V. Der Entschluss, zur Bündelung der Interessen für eine B 16 Südumfahrung einen Verein zu gründen mit dem Ziel, das bestmögliche Gesamtverkehrskonzept sowohl von der Linienführung, einer optimalen Verkehrsentlastung als auch vom geringeren Landverbrauch und somit besonders kostengünstig zu verwirklichen, wurde vom Vorsitzendem Michael Kimmerle eindeutig bestätigt.

Es gehe klar darum, die beste Lösung für eine B16 neu gerade im Hinblick auf die aktuellen Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung vom August 2004 zu erreichen. Ein entscheidender Faktor dabei ist die Entlastung der Innenstadt, u.a. auch im Bereich der Herzogin-Anna-Straße, zu mal auf der Staatsstraße 2212 südlich von Höchstädt in Richtung Wertingen eine relativ starke Verkehrszunahme von 38 Prozent auf rund 4000 Kraftfahrzeuge pro Tag festgestellt wurde. Dagegen sei der Verkehrszuwachs von vier Prozent gegenüber 1994 östlich von Höchstädt in Richtung Donauwörth relativ gering gewesen, so Kimmerle. Unstrittig ist das hohe Verkehrsaufkommen in der Innenstadt. Gemessen am Gesamtverkehr weist der Pkw-Verkehr jedoch den höchsten Anteil auf.

Im zusammenfassenden Ergebnis bestätigte die Verkehrsuntersuchung 2004 eine stärkere Entlastung bei einer Südumfahrung. Außerdem erübrigen sich die so genannten kostenintensiven, netzergänzenden Maßnahmen einer Ostumfahrung Höchstädts und einer Spange östlich von Steinheim, die im Falle einer Nordumgehung zur weiteren verkehrswirksamen Entlastung für teures Geld gebaut werden müssten, so Kimmerle. Wichtig sei, diese beiden Verbindungsspangen in die Belange der Umweltverträglichkeit mit einzubeziehen, deren Ergebnis Ende Januar der Stadt Höchstädt vorgestellt werden soll.

Nach wie vor müssten diese wichtigen Aspekte allen verantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden. Gerade in Zeiten bei überall leeren Kassen wäre es unverantwortlich, sich nicht um die besten und zukunftsorientierten Lösungen im Interesse des Gemeinwohls einzusetzen, wurde betont.